



Wer bezahlt die Schäden in den Böblinger Häusern? Werner Schubert (l.) und Dieter Eger von der IG Erdhebungen begutachten Risse in einem Kellergeschoss Foto: Thomas Bischoff/Archi

Lässt sich der Minister erweichen?

Erdhebungen: Landrat, OB und Vertreter der Betroffenen hoffen, dass das Land einen Teil der Schadenssumme übernimmt

Seit einigen Wochen ist es amtlich: Die von den Erdhebungen Betroffenen Hausbesitzer im nördlichen Hebungsbereich aus auf rund 35 Prozent ihrer Schäden sitzen. Letzte Hoffnung, dass sich daran noch was ändert, ist das Umweltministerium des Landes.

VON MICHAEL STÜRME

BÖBLINGEN. Die Versicherung und deren Gutachter haben das letzte Wort gesprochen. Das Ergebnis ist eindeutig. Im nördlichen Gebiet zwischen Stuttgarter Straße und Bunsenstrasse sind mehr Gebäudeschäden aufgetreten, als die Versicherungssumme hergibt. Das Bohrunternehmen Gungl, das die Geothermiesonden fehlerhaft in die Erde getrieben hat, war mit fünf Millionen Euro versichert. Dieses Geld reicht nur aus, um rund 65 Prozent der entstandenen Schäden zu beheben, den Rest – insgesamt knapp zwei Millionen Euro – müssen die Betroffenen selbst aufbringen.

Für Landrat Roland Bernhard ist diese Situation alles andere als befriedigend. Schon vor Jahren hat er den Menschen, die durch die mangelhafte Arbeit der Bohrfirma teilweise massive Schäden an ihren Häusern ertragen müssen, seine Unterstützung zugesagt, falls die Regulierung durch die Versicherung nicht alle notwendigen Sanierungen ersetzt.

Dieser Zeitpunkt ist nun für das nördliche Hebungsbereich gekommen. Daher hat Roland Bernhard bereits im Mai zur Feder gegriffen und in einem Brief Umweltminister

Franz Untersteller aufgefordert, sich der Sache noch einmal anzunehmen. Für viele Menschen, schreibt der Landrat, werde es schwer sein, die verbleibende Summe zwischen Versicherungsleistung und entstandenen Schäden selbst aufzubringen. „Deshalb bitte ich Sie, sich auf Landesebene für eine Lösung einzusetzen, die diese Lücke für die Betroffenen erheblich verringert oder ganz schließt“, heißt es in dem Schreiben.

2014 hat der Umweltminister ein Versprechen abgegeben

Hintergrund ist eine Aussage des Umweltministers, die schon fünf Jahre alt ist. Im Jahr 2014 hatte Franz Untersteller versprochen, dann nochmals Gespräche zu führen, wenn klar ist, wie hoch der Anteil sein wird, den die Versicherung an den Schäden übernimmt.

Davon ist in der Antwort aus dem Ministerbüro nicht mehr die Rede. Untersteller äußert darin zwar Verständnis für das Schicksal der Betroffenen, die es hart trifft, wenn sie Schäden erlitten haben, für die kein Verantwortlicher herangezogen werden könne. Der Grünen-Minister macht aber auch klar, dass er keine Möglichkeit sehe, dem Anliegen des Landrates zu entsprechen oder dieses zu unterstützen. Untersteller weist stattdessen darauf hin, dass das Land bereits die Sanierungskosten der defekten Sonden in Höhe von 7,36 Millionen Euro übernommen habe. Dem habe der Landtag in einem „nicht einfachen Prozess“ zugestimmt, betont er.

Dieser Verzicht auf Forderungen an die Versicherung durch das Land habe dazu geführt, dass die betroffenen Privatleute eine

höhere Erstattung erhielten, betont Untersteller. Diesem Entgegenkommen des Landes misst der Umweltminister eine andere Qualität bei als der nun gestellten Bitte, für Forderungen aufzukommen, die von der Versicherung nicht abgedeckt werden.

Letztere kämen laut Untersteller einem Hilfsfonds gleich und würde das Land in Zugzwang bei anderen Fällen bringen, in denen Privatleute geschädigt werden, ohne dass ein Verursacher verantwortlich gemacht werden könne, argumentiert er. Der Umweltminister befürchtet, dass mit diesem Fall dann eine grundsätzliche Entscheidung über die Ausweitung staatlicher Unterstützung für Schäden getroffen werde, die ohne eigenes Verschulden entstanden sind. „Wir können keine Ausfallversicherung sein“, bekräftigt Ralf Heineke. Es handle sich bei den Erdhebungen auch um keine Naturkatastrophe, betont der Pressesprecher im Umweltministerium. Der letzte Satz des Briefes an den Landrat ist daher deutlich: „Mit Blick auf die angesprochene Problematik kann ich mir davon abraten, weitergehende Erwartungen zu wecken und weitere Zahlungen in Aussicht zu stellen“, lässt der Minister wissen.

Damit wollte sich Roland Bernhard nicht zurückgeben. Der Landrat drängte darauf, die Sache noch einmal von Angesicht zu Angesicht zu erläutern. Mit Erfolg: Das Umweltministerium willigte ein, ein Gesprächstermin ist anberaumt.

Mit am Tisch sitzen werden dann auch Vertreter der IG Erdhebungen und Böblingers Oberbürgermeister Stefan Belz. „Wir bauen auf dieses Gespräch, das uns vor fünf Jahren versprochen worden ist“, sagt Werner Schubert, einer der beiden Ge-

schaftsführer der Interessengemeinschaft, in der sich über 200 Geschädigte vereint haben. Schubert und seine Mitstreiter hoffen, dass der Minister doch noch mit guten Nachrichten aufwartet und bereit ist, die Geschädigten weitergehend zu unterstützen. Wenn die Deckungslücke auch nur verringert würde, wäre er schon zufrieden.

Argumente für ein Einlenken des Ministeriums liegen für Werner Schubert auf der Hand: Wenn die Deckungslücke nicht verringert wird, vermutet der IGE-Geschäftsführer, werden einige Betroffene die ausstehenden Summen bei jenen Nachbarn einklagen, auf deren Grundstücke die Erdwärmesonden gebohrt worden sind. Solche Gerichtsverfahren, glaubt Schubert, wären nicht im Sinne des Umweltministeriums, da sie dem Ruf der Geothermie-Technologie schaden.

Stefan Belz interessiert vor allem, warum Franz Untersteller im Brief an den Landrat so eine deutliche Absage formuliert hat, obwohl er sich im Jahr 2014 gesprächsbereit gezeigt hatte. Befürchtungen, er lasse sich von seinem Parteifreund an der Spitze des Umweltministeriums in diese Sache beinflussen und trete auf die Bremse, erteilt Stefan Belz eine klare Absage. „Ich bin nicht dem Umweltminister, sondern den Böblinger Bürgern verpflichtet“, erklärt er.

Wichtig sei es nun, eine gemeinsame Grundzüge zur Lösung des Problems zu finden, sagt Stefan Belz. Denn wenn die Sache im nördlichen Hebungsbereich erledigt ist, sei der Fall ja noch lange nicht abgeschlossen, betont er: Denn dann stehe ja noch die Einigung für das südliche Areal bevor. Und dafür werde jetzt eine Blaupause geschaffen.

Kongresshalle: Höhere Kosten bei Sanierung

Wilde Durchbrüche

BÖBLINGEN (krü). Im Technischen Ausschuss hatten die Stadträte zuletzt einige schlechte Nachrichten zu verkraften. Weil die Sanierung des Neuen Rathauses deutlich umfangreicher wird als anfangs geplant, steigen die Kosten von 13 auf 18 Millionen (die KRZ berichtete). Da mutete die Erhöhung der Sanierungskosten im Fall der Kongresshalle geradezu lapidar an – und dennoch geht es auch hier um immerhin 440 000 Euro.

In den Veranstaltungstempel zwischen den Böblinger Seen steckt die Stadt richtig viel Geld – bis 2028 insgesamt etwa 23 Millionen Euro. Die Hauptarbeiten werden derzeit erledigt, weshalb die Halle bis Dezember geschlossen ist. Für allein dieses Jahr waren 13,6 Millionen Euro geplant, jetzt wird es noch etwas mehr, weil zusätzliche Maßnahmen erforderlich seien. Dabei geht es um neue Leitungen, eine PCB-Schadstoffsanierung sowie unvorhergesehene Reparaturarbeiten. „Um Lüftungsrohre zu verlegen, kam es in der Vergangenheit zu wilden Durchbrüchen“, erläuterte Holger Schmidt vom Gafeldener Ingenieurbüro „e zwei“, das die Hallensanierung betreut. „da wurde zum Teil ohne Rücksicht auf Verluste gearbeitet.“ Zur Veranschaulichung zeigte er Fotos von Wanddurchbrüchen im Keller, die offensichtlich mit Brachialgewalt und ohne Absicherung getätigt wurden. Deshalb müsse an manchen Stellen der Beton repariert und das Tragwerk ertüchtigt werden.

Hinzu kommt die bekanntermaßen extrem angespannte Lage am Bau. „Von 2013 bis 2019 hat man mit Preissteigerungen von 17 Prozent gerechnet – doch das reicht nicht“, so Schmidt. Diese steigenden Preise müsse man wohl oder übel hinnehmen. Bedeutende summa summarum: Mehrkosten von rund 440 000 Euro.

50 Jahre Mondlandung

Hier schildern unsere Leser ihre ganz persönlichen Erinnerungen an den Tag der Mondlandung vor 50 Jahren:

Zum Wachdienst verdonnert

Am 20. Juli 1969 war ich Soldat bei der Bundeswehr und in dieser Nacht hatte ich Wachdienst im Munitionslager. Es war eine sternklare Nacht und der Mond war sehr gut zu sehen. Wir haben einen kleinen Fernseher mit in die Wache geschmuggelt. Da wir aber alle vier Stunden unsere „Runden“ drehen mussten, war es draußen viel aufregender.

Es war schon eine sehr beeindruckende aber auch beängstigende Vorstellung, dass sich im selben Moment wenn man auf den Mond schaute, sich die Kraterlandschaft vorstellte, sich dort auf dem Mond Menschen befanden. Über den aktuellen Stand der Mondlandung wurden wir dann in der Wache informiert, wo sich die meisten der wachreifen Kameraden die Mondlandung im TV anschauten. Das ist unvergessen.



Georg Jäger

Georg Jäger, Böblingen

Raum für Wertschätzung und Dialog

Traditionelles Treffen der Böblinger Vereinsvorstände mit Oberbürgermeister und Verwaltung

VON ROBERT KRÜLLE

BÖBLINGEN. Ein warmer Sommerabend, ein ansprechendes Ambiente im Rathaus-Innenhof, dazu kühle Getränke, Fleischkäse und Kartoffelsalat – was will man mehr? Der Rahmen passte jedenfalls beim traditionellen Treffen der Böblinger Vereinsvorstände mit dem Oberbürgermeister Stefan Belz, seit 16 Monaten im Amt, stellte in seiner Begrüßungsrede gleich heraus, wolle die Veranstaltung gilt. „Das ist ein Abend für Sie!“

Über 260 Vereine gibt es in Böblingen, mehr als 80 davon waren am Montagabend im Rathaus-Innenhof vertreten. Die rund 250 Gäste verteilten sich an den dicht stehenden Bierschagnaturen – geballte ehrenamtliche Kraft auf engstem Raum. Stefan Belz war direkt aus dem Kreistag in den Innenhof gekommen und bedankte sich bei den Anwesenden für ihren Einsatz. „Der Abend soll ein Zeichen der Wertschätzung sein“, sagte der OB, „denn sie bilden das stabile Rückgrat der Stadtgesellschaft.“ Die Vereine wurden sich für ein gutes soziales Klima einsetzen und eine bunte, offene und vielfältige Gemeinschaft prägen.

Dass man in der großen Runde zusammenkommt, wussten alle Anwesenden offensichtlich zu schätzen – auch wenn die Motivationen, Rahmenbedingungen und Problemlagen bei den Gruppen naturgemäß völlig unterschiedlich sind. „Ich finde es gut, dass man auch mal mit anderen Vereinen ins Gespräch kommen kann“, sagte zum Bei-

spiel Claus Kissel beim Tischgespräch. Vom neuen Oberbürgermeister hat der Vorsitzende der Kreisjägervereinigung einen guten Eindruck. „Man kann mit ihm reden, er hat vernünftige Ansichten“, meinte Kissel. Für die Jäger sei die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung sowie mit den Förstern eine wichtige Sache. Letzteres würde nicht immer optimal funktionieren. „Die Bürgermeister sollten mehr auf die Jäger hören und weniger auf die Förster“, wünschte sich Claus Kissel mit einem Augenzwinkern.

Thema Bürgerbeteiligung jetzt im OB-Referat angesiedelt

Beim IBM-Klub, einem der größten Böblinger Vereine, drückt der Schuh insbesondere beim Vereinsheim am Schönaicher First. Das Gebäude gehört zwar der Stadt, die häufig anfallenden Reparaturen müssen aber die Klub-Mitglieder stemmen. „Das macht uns Schwierigkeiten“, die Vorsitzende Volker Strassburg, der mit seinen Vorstandskollegen Christiane Ris und Werner Müller in den Rathaus-Innenhof gekommen war. Zudem ist der IBM-Klub schwer gespannt, was mit dem Gelände des benachbarten IBM-Labors passiert, wenn die Institution nach Ehnningen umgezogen ist. Wenn da ein neuer Stadtteil entsteht, wäre das eine Riesenchance für uns“, weiß Strassburg, „an der Entwicklung sollten wir beteiligt werden – so ein Stadtteil braucht ja auch Vereinsangebote.“

Bei seiner Ansprache stellte Stefan Belz einige städtische Projekte und Entwicklungen vor. Der OB betonte, dass er das Thema Bürgerbeteiligung nun direkt bei sich angesiedelt habe. Heike Lück, seit mehr als 20 Jahren dafür beim Rathaus zuständig, rückt jetzt ins OB-Referat. „Das Thema hat bei mir einen sehr hohen Stellenwert“, so Belz. Er erinnerte an die Integrationswochen, lobte die Arbeit der Vielfaltsgestalter und blickte bereits auf die Partnerstadtolympiade voraus, die im Juli 2020 in Pontoise stattfinden wird. „Böblingen ist in vielen Bereichen vorbildlich, bei der Sauberkeit haben wir allerdings Nachholbedarf“, sagte Belz und ermahnte dafür bei den Vereinsvorständen zustimmendes Nicken. Der OB stellte die Aktion „Blitzblank“ vor und rief alle zum Mitmachen auf.

Relativ wenig Grund zum Klagen hat die Böblinger Ortsgruppe der Deutschen Lebensrettergemeinschaft (DLRG). „Wir haben ein sehr gutes Verhältnis zur Stadt“, sagte der Vorsitzende Jürgen W. Schmidt, „Sepp Fischer vom Schul- und Sportamt ist eine superverlässliche Konstante.“ Die DLRG-Kurse seien proppenvoll, man habe allerdings Schwierigkeiten, aus den zahlreichen Teilnehmern an Ende Mithilfe zu rekrutieren. „Neue Riegenführer aufzubauen, ist nicht so einfach“, meinte der Technische Leiter Ausbildung, Dirk Lück. Die Baderstation in Böblingen sei eigentlich optimal, allerdings blickten die DLRGler gespannt nach Dagersheim. „Wir müssen



Stefan Belz (hinten links) nahm sich viel Zeit für Gespräche

Foto: Frank/Eibner-Pressefoto

schauen, was wir machen, wenn das Bad wegen der anstehenden Sanierung eine Weile geschlossen hat“, so Schmidt. Auch die Briefmarkensammler waren am Montagabend vertreten. Die Mitglieder der Gilde „Heinrich von Stephan“ haben zwar immer noch großen Spaß am Sammeln, Tauschen und Fachsimpeln, aber in diesem Bereich sieht die Zukunft düster aus. „Uns

fehlt der Nachwuchs“, berichtete der stellvertretende Vorsitzende Klaus Richter, „da sind wir sicher nicht der einzige Verein hier.“ Aber bei den Briefmarkensammlern wiegt der Fall natürlich besonders schwer, kennen doch viele Jugendliche selbst Postkarten nur vom Hörensagen. „Briefmarken sind nicht mehr gefragt“, bedauert Richter. Und das kann auch der OB nicht ändern.